



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Digitalisierungspolitik – Welchen Rahmen braucht die Wirtschaft?

Verkehrstelematik

Beschluss des VhU-Präsidiums
3. April 2019



Verkehrstelematik

Straßenverkehr verflüssigen. Staus, Unfälle, Emissionen verringern

Ausgangslage

Hessens Straßen sind überlastet. Die Stauzahlen liegen auf Rekordniveau. Busse und Bahnen haben in vielen Städten ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Investitionen in die Straßen und Brücken in Hessen befinden sich noch nicht auf dem Niveau der jährlichen Abschreibungen. Genehmigungen für Schwertransporte sind kompliziert und langwierig – teilweise noch aufgrund bürokratischer Genehmigungsverfahren.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 geht davon aus, dass sich die Güterverkehrsleistung bis 2030 um 38,9 % im Vergleich zu 2010 steigern wird. Der Personenverkehr auf der Straße soll um 10 % wachsen. Neben mehr Investitionen, effizienteren Planungsverfahren und mehr Ressourcen zur Planung von Infrastruktur wird es notwendig sein, die Potenziale der Digitalisierung im Verkehr besser auszuschöpfen.

Vernetzter und automatisierter Verkehr erhöht Sicherheit und Komfort und erlaubt eine bessere Ausnutzung des Streckennetzes. Durch Verkehrsverflüssigung können Emissionen reduziert werden. Sensoren im Fahrzeug und der Infrastruktur, etwa in intelligenten Ampeln, Brücken, Markierungen und Straßenbeleuchtung, liefern die benötigten Daten. Sie steuern den Verkehrsfluss, vermeiden Staus und bremsen Fahrzeuge rechtzeitig ab. Das Risiko unfallträchtiger Staus wird reduziert.

Ziele

Der Straßenverkehr soll sicherer und flüssiger werden. Dazu muss der Großteil der Straßen mit Telematik ausgerüstet werden, um digitale Verkehrsführung zu erlauben.

Handlungsempfehlungen

1. Mehr öffentliche Investitionen in Telematik im Straßenverkehr

Bund und Länder sollten mehr in Telematik im Straßenverkehr investieren. Initiativen und Kooperationen hierzu müssen auf allen föderalen Ebenen gefördert werden. Voraussetzung für Telematik ist, dass 5G-Kommunikationsnetze entlang der Bundesautobahnen rasch aufgebaut werden. Die Übertragungstechnik muss standardisiert, lückenlos und über Landesgrenzen hinweg funktionieren. Hier sollte das hessische Verkehrsministerium einen Schwerpunkt in der Legislaturperiode legen.

2. Verkehrszeichen flächendeckend digitalisieren

Es muss zügig in Hessen damit begonnen werden, Ampeln und Verkehrszeichen vernetzungsfähig zu machen, Parkplätze mit Sensorik auszustatten und die Telematik an den Bundesfernstraßen als Standard zu installieren. An die Stelle starrer Tempolimits sollten situationsangepasste Tempolimits dank elektronischer Wechselverkehrszeichen treten, die den verkehrlichen Anforderungen besser gerecht werden.



3. Infrastrukturdaten von Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung stellen

Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Infrastrukturdaten in Plattformen zur Verfügung stellen und personelle Ressourcen vorhalten, um neue Mobilitätskonzepte zu ermöglichen. Die im vernetzten Verkehr generierten anonymisierten Daten ermöglichen Dienste zur Verkehrsverflüssigung. Sensorik, Datenübertragung in Echtzeit und Verfügbarkeit als „Open Data“ müssen Bestandteil der Infrastrukturplanung werden.

4. Brückenbauwerke: Testfeld für intelligente Verkehrsinfrastruktur

Die Beispiele der Schiersteiner und der Salzachtal Brücke in Wiesbaden zeigen, dass Brückenschäden und Sperrungen zu Staus, großen Umleitungen und wirtschaftlichen Verlusten führen. Moderne Sensortechnik muss wegweisend für Infrastrukturprojekte werden. Die Verkehrsbehörden von Bund und Land sollten ein cloud-basiertes System für Brücken entwickeln, in dem Bestandsinformationen und Messdaten zusammengeführt und zugänglich gemacht werden. Basierend auf den Messwerten erstellen Algorithmen vergleichbare Informationen und können einfache und objektive Empfehlungen für Maßnahmen geben.

5. Verkehrsfluss optimieren – digitale Konzepte wie „Smart Parking“ fördern

Optimierter Verkehrsfluss in Ballungsräumen kann einen signifikanten Beitrag zur Reduzierung von Schadstoffemissionen leisten, wie das Beispiel „Smart Parking“ zeigt. Intelligentes Parkraummanagement, z.B. per Ultraschall-Sensorik in Straßenlaternen, erlaubt ein optimales Routing zum nächsten freien Parkplatz. Im Güterfernverkehr lassen sich durch Koordination der Routenempfehlung mit entsprechenden Fahrempfehlungen die Slots zum Be- und Entladen sowie die oft überfüllten Lkw-Parkplätze besser managen. Die Parkraumsuche im Wirtschaftsverkehr sinkt. Land und Kommunen sollten Konzepte zur Optimierung des Verkehrsflusses fördern.

6. Pilotprojekte wie C-Roads Germany vorantreiben

Pilotprojekte zur Förderung des intelligenten Verkehrs, wie sie in Hessen bereits praktiziert werden, sollten auf allen föderalen Ebenen gefördert werden. Wichtig ist dabei die Einbindung und Abstimmung auf europäischer Ebene. Das Programm der Europäischen Union „Connecting Europe Facility in the Field of Trans-European Transport Network – Multi-annual Work Programme 2014-2020“ unter der Dachmarke C-Roads sollte durch Bundes- und Landesprogramme ergänzt werden.

7. Großraum- und Schwertransporten: Digitalisierte Verfahren vorantreiben

Bund und Länder sollten zügig digitalisierte Verfahren – etwa für Genehmigungen von Großraum- und Schwertransporten – vorantreiben. Hierfür müssen die erforderlichen Daten über eine digitale Plattform für den bundesländerübergreifenden Austausch von Bauwerksdaten vollständig, aktuell und nutzbar gemacht werden. Die Bauwerksdaten könnten dann automatisiert an ein EDV-Programm übergeben werden, das für alle Ingenieurbauwerke überprüft, ob z. B. der Schwertransport in statisch-konstruktiver Hinsicht die Ingenieurbauwerke auf der Strecke gefahrlos überfahren kann.